

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

8. Jahrgang

Ausgabe 1/2011

Juli/August 2011

ISSN 1863-3992

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Wahlerfolg der BIW – das linke Imperium schlägt zurück.....	1
Deutscher Atomausstieg begünstigt Türkei-Beitritt.....	3
Euro-Rettung: Risiken in Milliardenhöhe	5
Kurz notiert	9
Zu guter Letzt	10
Impressum	10

Wahlerfolg der BIW – das linke Imperium schlägt zurück

Bei den Landtags- und Kommunalwahlen im Bundesland Bremen am 22. Mai 2011 konnten die BÜRGER IN WUT ihre Position in einem schwierigen politischen Umfeld nicht nur behaupten, sondern sogar noch ausbauen. BIW gehören damit neben den Grünen zu den Gewinnern der Bremer Wahlen, so das einhellige Urteil der regionalen Presse.

Dem politischen Establishment der Hansestadt ist der erneute Erfolg von BIW sauer aufgestoßen. Um so eifriger versucht man jetzt, uns in die rechte Ecke zu stellen und damit das Ansehen von BIW zu beschädigen. Das fing schon vor der Wahl an. In einer mit Mitteln des Bundesfamilienministeriums geförderten „Studie“ unterstellt uns ein gewisser Wolf Krämer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Bremen, wir wären eine „rechtspopulistische Wählervereinigung“, die eine „deutliche Affinität zu fremdenfeindlichen und autoritären Ideologemen“ aufweise. „Fremdenfeindlich“ sind wir nach Meinung von Krämer deshalb, weil wir die konsequente Integration von Zuwanderern mit dem (langfristigen) Ziel der

Assimilation fordern. Assimilation ist eben nicht nur für den türkischen Ministerpräsidenten Recep T. Erdogan Teufelzeug, sondern auch für den linken Wolf Krämer, der in seiner Freizeit übrigens bei den Bremer Grünen aktiv ist.

In dasselbe Horn stieß unmittelbar nach der Wahl Krämers Parteikumpan Dr. Martin Güldner, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Bürgerschaft und bereits seit 1999 im Landtag vertreten, also sozusagen ein Bremer Parlamentsfossil. Im Gespräch mit einer linken Internetplattform ordnet Güldner BÜRGER IN WUT keck dem „rechten Rand“ zu und rühmt sich damit, „mitorganiert zu haben, dass die BIW in den vergangenen vier Jahren in der Bürgerschaft isoliert wurde“. So wolle man es auch in Zukunft halten.

Deutlicher hätte Güldner sein defizitäres Demokratieverständnis nicht zum Ausdruck können. Offenbar will Güldner im politischen Meinungskampf nur solche Ansichten gelten lassen, die mit seinen eigenen Auffassungen grundsätzlich kompatibel, also

„links“ sind. Wer es dagegen wie BIW wagt, das marxistische Weltbild, dem viele Grüne bis heute huldigen, in Frage zu stellen, wird politisch ausgegrenzt bzw. mit Hilfe der Faschismuskeule stigmatisiert. Geradezu lächerlich ist es, wenn der Grünen-Funktionär Güldner BIW an gleicher Stelle als „rechtspopulistisch“ titulierte. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, die mit billiger Stimmungsmache versucht, Unzufriedenheit und Ängste der Menschen zu instrumentalisieren, um Wahlerfolge zu erringen – also im negativen Sinn „populistisch“ agiert – dann sind das die Grünen. Klimaerwärmung, Stuttgart 21 und Atomausstieg sind Beispiele für Debatten der jüngeren Zeit, in denen die Grünen mit dieser Taktik erfolgreich waren.

Die Haltung Güldners ist im übrigen eine Frechheit gegenüber den Wählerinnen und Wählern in Bremen, die ihre Stimmen BIW gegeben haben. Wer die Mandatsträger von BÜRGER IN WUT im Parlamentsbetrieb ausgrenzt, der maßregelt diese Wähler und erhebt sich in arroganter Manier über die Entscheidung des demokratischen Souveräns. Über wachsende Politikverdrossenheit und den permanenten Rückgang der Wahlbeteiligung an der Weser braucht sich bei solchen Äußerungen von Bremer Spitzenpolitikern niemand mehr zu wundern.

Es sind aber nicht nur Parteien, die sich an der aktuellen Kampagne gegen die BIW beteiligen, sondern auch staatliche Stellen. In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung verantworteten Sammelband „Kommunalpolitik in deutschen Ländern“ bezeichnet Autor Michael Scherer die BIW als „rechtspopulistische Wählervereinigung“. Scherer wird in dem Buch als Mitarbeiter der Bremer Landeszentrale für politische Bildung (kurz LzpB) vorgestellt. Als Bremer Landesbehörde unterliegt die LzpB der Neutralitätspflicht. Doch die wird von den Verantwortlichen offenbar großzügig ausgelegt, zumindest wenn es um „rechte“ Gruppierungen wie die BIW geht. Unsere Aufforderung, den auch auf der Internetseite der Behörde eingestellten Aufsatz von Scherer zu entfernen, wurde mit dem Hinweis

abgelehnt, der Begriff „Rechtspopulismus“ sei ja nicht einschlägig definiert, seine Verwendung daher unproblematisch. Daß der Terminus unabhängig von seiner inhaltlichen Deutung in Deutschland negativ besetzt ist, stört die aus öffentlichen Mitteln finanzierte LzpB nicht. Die Absicht der Verantwortlichen ist klar: Unter dem Label einer scheinbar seriösen Behörde will man in den Köpfen der Menschen das Zerrbild von BÜRGER IN WUT als einer bösen rechten Vereinigung verankern, die weder reputabel noch wählbar ist. Fast schon überflüssig zu erwähnen, daß die LzpB von einem altgedienten Genossen der Bremer SPD geleitet wird.

Dreist ist auch das Vorgehen von Bremens Landeswahlleiter Jürgen Wayand. Der kommentierte unseren Erfolg bei der Bürgerschaftswahl im Wahlbereich Bremerhaven in der offiziellen Analyse des Statistischen Landesamtes Bremen wie folgt: *„Offensichtlich ist es ihnen (den BIW, d.V.) damit gelungen, das konstante Wählerpotential am rechten Rand, das in Bremerhaven schon seit mehreren Legislaturperioden beobachtet werden kann, an sich zu binden.“*

Auf unsere Nachfrage, wie man denn bei der Wahlbehörde darauf komme, daß BIW seine Wählerschaft am „rechten Rand“ des politischen Spektrums rekrutiert habe, mußte der Landeswahlleiter kleinlaut einräumen, daß es sich bei dieser Feststellung lediglich um eine „Hypothese“ handle. Empirische Daten wie etwa eine Wählerwanderungsanalyse habe man nicht erhoben. Die Bremer Wahlbehörde vielleicht nicht, wohl aber das Meinungsforschungsinstitut Emnid: Danach kamen von den 7.000 Stimmen, die BIW bei der Landtagswahl 2011 hinzugewinnen konnte, gerade einmal 1.000 von früheren Wähler „sonstiger Parteien“. In diese Kategorie fallen neben zahlreichen anderen Vereinigungen auch rechtsradikale Gruppierungen. Das Gros der neuen BIW-Stimmen – nämlich 3.000 – stammte aus dem Lager von CDU und SPD. Weitere 1.000 kamen von der Linkspartei. Die Vermutung, der Erfolg von BÜRGER IN WUT in Bremen stütze

sich auf den Zuspruch ultrarechter Wähler, ist also nachweislich falsch.

Den Fakten zum Trotz hält der Landeswahlleiter an seiner Behauptung fest. Schließlich, so Wayand seien BIW politisch eher „*am rechten Rand*“ des politischen Spektrums zu verorten. Andere Gruppierungen, die diese Klientel ansprechen konnten, hätten an der Wahl nicht (mehr) teilgenommen. Daß neben BIW auch die NPD und die Vereinigung „Protest der Bürger“ des früheren DVU-Frontmanns Siegfried Tittmann am 22. Mai auf dem Stimmzettel standen, hat Herr Wayand offenbar verdrängt. Für Wähler mit rechtsextremer Gesinnung gab es also Alternativen. Wer dagegen bürgerlichen Protest zum Ausdruck bringen wollte, der machte sein Kreuz bei BIW. Und das waren erfreulicherweise sehr viel mehr Menschen, als NPD und PdB für sich mobilisieren konnten.

Das sind nur einige Beispiele für den Versuch des politischen Gegners, BIW nach dem Wahlerfolg im Mai in der Öffentlichkeit

madig zu machen. Daneben gab es auch diverse Medienberichte zur Wahl, in denen BÜRGER IN WUT verunglimpft wurden, teilweise „belegt“ mit unrichtigen Behauptungen über unsere politischen Forderungen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß linke Autoren programmatische Aussagen von BIW verfälschen, um uns eine „rechtspopulistische“ oder gar „rassistische“ Gesinnung unterschieben zu können. Die von uns tatsächlich vertretenden Positionen geben solche Unterstellungen nicht her.

Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten: Auf ihrer konstituierenden Sitzung am 28. Juni 2011 berief die Bremische Bürgerschaft den BIW-Abgeordneten Jan Timke einstimmig in die Innendeputation des Landtags. Als ehemaliger Bundespolizist kann Timke dort seine langjährige Berufserfahrung einbringen, um neue Akzente für die Innere Sicherheit in Bremen zu setzen. Die sind angesichts der überproportional hohen Kriminalität im kleinsten deutschen Bundesland auch dringend nötig.

Deutscher Atomausstieg begünstigt Türkei-Beitritt

Nachdem es um das Thema EU-Beitritt der Türkei in den letzten Monaten relativ still geworden war, mehren sich nun wieder Stimmen aus Politik und Wirtschaft, die sich für eine Mitgliedschaft des kleinasiatischen Landes in der Europäischen Union aussprechen. Neben dem früheren FDP-Vorsitzenden und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, der sich bereits im Januar äußerte, plädierten zuletzt auch Außenminister Guido Westerwelle, der CDU-Politiker Ruprecht Polenz und Daimler-Chef Dieter Zetsche für eine möglichst rasche EU-Aufnahme der Türkei. Vor einigen Tagen schaltete sich sogar Bundespräsident Christian Wulff höchstselbst in die Debatte ein und empfahl der Politik, Ankara die Türen nach Europa offen zu halten.

Daß die leidige Türkei-Thematik ausgerechnet jetzt wieder hochkocht, hat auch mit der „Energiewende“ in Deutschland und dem

Ausstieg aus der Kernkraft bis zum Jahre 2022 zu tun. Bislang haben die 17 deutschen Atomanlagen 22 Prozent des deutschen Strombedarfs erzeugt. Um den Wegfall dieser Kapazitäten zu kompensieren und die Grundlastversorgung bei einem verstärkten Einsatz alternativer Energiequellen wie Windkraft und Photovoltaik sicherzustellen, müssen mehr konventionelle Kraftwerke ans Netz gehen. Favorisiert werden hocheffiziente Gaskraftwerke, die vergleichsweise wenig CO₂ ausstoßen und damit „klimafreundlicher“ sind als Anlagen, die zur Stromproduktion Kohle verfeuern. Das erforderliche Erdgas wird aber nur zu 11 Prozent aus heimischen Quellen gewonnen. Der Rest muß importiert werden. 2010 kamen zwei Drittel des deutschen Erdgasbedarfs aus westeuropäischen Ländern wie Norwegen und den Niederlanden. Weitere 33 Prozent bezog Deutschland aus der Russischen Föderation, wo der Gasmarkt vom

Monopolisten Gazprom beherrscht wird. Da die Reserven in Europa allmählich zur Neige gehen, werden außereuropäische Lieferländer für die Erdgasversorgung Deutschlands und Europas immer wichtiger.

Der Gasverbrauch in der EU beläuft sich derzeit auf 500 Milliarden Kubikmeter jährlich. Für den Zeitraum 2020 bis 2035 hatten Experten bislang einen durchschnittlichen Jahresbedarf von 700-900 Milliarden Kubikmeter prognostiziert. Mit dem jetzt beschlossenen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie und dem Bedeutungszugewinn von Gaskraftwerken sind diese Vorhersagen jedoch obsolet und müssen nach oben korrigiert werden. Denn der europäische Erdgasbedarf wird maßgeblich von der Verbrauchsentwicklung bei der Elektrizitätserzeugung bestimmt.

Um eine zu starke Abhängigkeit von Rußland zu verhindern, hält die EU bereits seit geraumer Zeit Ausschau nach alternativen Gaslieferanten. Importdiversifikation heißt das Zauberwort, um die künftige Versorgungssicherheit Europas zu gewährleisten. Im Visier hat Brüssel vor allem die enormen Erdgasvorräte Zentralasiens, von denen Anfang 2010 über 12 Billionen Kubikmeter nachgewiesen waren. Allein im kaspischen Raum werden bis zu 20 Prozent der weltweiten Erdgasvorkommen vermutet.

Um sowohl das Gas aus Zentralasien als auch des Mittleren Ostens an Rußland vorbei nach Europa zu transportieren, werden zur Zeit drei Pipeline-Trassen projektiert: Erstens die Trans Adriatic Pipeline (TAP), eine 520 Kilometer lange Leitung, die von Griechenland über Albanien durch das Adriatische Meer nach Italien und weiter nach Westeuropa führen soll. Sie kann nach Angaben der Betreiber bis 2013 gebaut und in Betrieb genommen werden. Zweitens die Gasleitung Interconnector Turkey-Greece-Italy (ITGI), die einen ähnlichen Verlauf wie die TAP haben wird und bis 2015 fertiggestellt sein soll. Drittens die Nabucco-Trasse mit einer Länge von rund 3.300 Kilometer, deren Inbetriebnahme für 2018 geplant ist.

Nabucco ist mit einer Transportkapazität von bis zu 31 Milliarden Kubikmetern pro Jahr nicht nur das größte, sondern mit geschätzten Baukosten in Höhe von 7,9 Milliarden Euro auch das teuerste der drei Vorhaben.

Alle Pipelines sollen über türkisches Gebiet verlaufen bzw. an bereits vorhandene Leitungsinfrastruktur in der Türkei anknüpfen. In den Planungen Brüssels nimmt die Türkei als Energie-Transitland also eine zentrale Stellung ein wenn es gilt, Europa unter Umgehung Rußlands und der Ukraine zukünftig mit Erdgas und auch Erdöl zu versorgen. Das ist der entscheidende Grund, warum Politik und Wirtschaft einen EU-Beitritt der Türkei wollen: Ankara soll fest in die Strukturen der Gemeinschaft eingebunden und kontrolliert werden, um reibungslose Energielieferungen aus Zentralasien und später dem Mittleren Osten über die Drehscheibe Türkei zu garantieren. Mit dem durch den Atomausstieg wachsenden Ergasbedarf Deutschlands hat dieses Motiv weiter an Bedeutung gewonnen. Deshalb wird jetzt wieder verstärkt die Werbetrommel für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei gerührt, auch in den Medien.

Natürlich ist es absurd, aus Furcht vor der vermeintlichen Unzuverlässigkeit des russischen Gaslieferanten Gazprom ausgerechnet auf die Türkei und das gemäßigt-islamistische AKP-Regime von Recep T. Erdogan zu setzen. Die türkische Regierung hat längst die wichtige Rolle erkannt, die das Land am Bosphorus in den energiepolitischen Zukunftsszenarien der Europäischen Union spielt. Und sie hat keine Skrupel, diese Position für ihre Zwecke politisch auszunutzen: Im Januar 2009 forderte Ministerpräsident Erdogan Brüssel dazu auf, die ins Stocken geratenen Beitrittsgespräche mit der Türkei zu forcieren. Sollten die Verhandlungen scheitern, sei das Nabucco-Projekt „gefährdet“. Auch wenn Erdogan diese Drohung nach Protesten von europäischer Seite nicht mehr öffentlich wiederholt hat, ist davon auszugehen, daß die Türken die energiepolitische Karte hinter den Kulissen weiter als

ein Druckmittel einsetzen, um den baldigen EU-Beitritt ihres Landes zu erzwingen.

Deutschland und Europa dürfen sich nicht von der Türkei abhängig machen, schon gar nicht, wenn es um die Energieversorgung unseres Kontinents geht. Denn die türkische Politik bleibt auch unter Erdogan unberechenbar, sehr viel unberechenbarer jedenfalls als die Moskaus. Schon aus diesem Grund ist der energiepolitischen Partnerschaft mit Rußland der Vorzug zu geben. Gleichzeitig muß die EU durch die konsequente Nutzung eigener bzw. die Erschlies-

sung neuer Ressourcen perspektivisch die energiepolitische Autarkie Europas anstreben. Eine wichtige Rolle können dabei nicht-konventionelle Erdgasvorkommen spielen, die in dichten Ton- und Schieferschichten eingelagert sind und auch in Deutschland vorkommen.

Dagegen wäre der Preis einer türkischen EU-Mitgliedschaft, den Europa für die Kooperationsbereitschaft Ankaras in der Energiefrage letztlich zu bezahlen hätte, sehr hoch. Die Lasten müßte vor allem Deutschland tragen.

Euro-Rettung: Risiken in Milliardenhöhe

Die Summen sind gigantisch: Auf 750 Milliarden Euro beläuft sich das Gesamtvolumen des Euro-Rettungsschirms, mit dem überschuldete Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) vor der Pleite bewahrt werden sollen. 500 Milliarden Euro stellen die Mitglieder der Eurozone bereit, größtenteils in Form von Bürgschaften über die European Financial Stability Facility (EFSF). Der Internationale Währungsfonds (IWF) räumt eine Kreditlinie von 250 Milliarden Euro ein. Deutschland ist am Rettungsschirm mit bis zu 173 Milliarden Euro beteiligt.

Hinzu kommen Kreditzusagen für das bankrotte Griechenland, die sich nach den Beschlüssen des Brüsseler Sondergipfels vom 21. Juli für die nächsten drei Jahre auf fast 260 Milliarden Euro summieren. Davon tragen EWU und IWF 220 Milliarden Euro, weitere 37 Milliarden Euro steuern private Gläubiger wie Banken bei. Die Bundesrepublik Deutschland bürgt für die öffentlichen Darlehen mit knapp 50 Milliarden Euro. Das bedeutet: Sollte das mit 350 Milliarden Euro verschuldete Griechenland seine Verbindlichkeiten nicht oder nur teilweise begleichen können, muß der deutsche Steuerzahler bis zu diesem Betrag gegenüber den Gläubigern einstehen.

Doch damit nicht genug: Ergänzend zu Rettungsschirm und Griechenland-Hilfe hat die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen von Euro-Schuldenländern aufgekauft, um deren Finanzsysteme zu stützen. Aktuell hält die EZB europäische Papiere in einem Volumen von 74 Milliarden Euro, davon 45-50 Milliarden Euro allein aus Griechenland. Deutschland ist mit 27 Prozent am Kapital der EZB beteiligt und haftet in diesem Umfang auch für den möglichen Ausfall der Bonds. Nach den Brüsseler Beschlüssen können Staatsanleihen krisenanfälliger Euro-Mitglieder künftig vom EFSF aufgekauft werden, was einen weitreichenden Schritt zur Vergemeinschaftung der Schulden einzelner EWU-Staaten darstellt. Damit mutiert Europa endgültig zu einer „Haftungsunion“, kritisiert zu Recht der Bund der Steuerzahler.

Weil immer mehr Euro-Länder in den Strudel der Verschuldungskrise geraten, wird der (vorläufige) Rettungsschirm ab Mitte 2013 in den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umgewandelt. Der ESM soll nach dem aktuellen Stand der Planungen ein Gesamtvolumen von 950 Milliarden Euro haben. 80 Milliarden Euro müssen von den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) als Einlage direkt einbezahlt werden, um den Krisenfonds mit eigenem Grundkapital auszustatten. Deutschland steht mit rund 22 Milliar-

den verteilt auf einen Zeitraum von drei Jahren in der Pflicht. 620 Milliarden Euro sind Ausfallbürgschaften der Euro-Staaten für Anleihen, die der ESM am Kapitalmarkt emittiert, um Schuldenländer mit Krediten versorgen zu können. Weitere 250 Milliarden Euro stellt der IWF im Bedarfsfall als Darlehen zur Verfügung. Sollten dienehmerländer das geliehene Geld nicht zurückbezahlen können und die Bürgschaften fällig werden, würden auf die Deutschen im schlimmsten Fall zusätzliche Belastungen in Höhe von über 190 Milliarden Euro zukommen.

Es kann sogar noch teurer werden. Denn die Statuten des ESM sehen eine Nachschußpflicht für die Mitglieder vor, sollten einzelne Euro-Staaten z.B. wegen finanzieller Probleme ihre Beiträge nicht leisten oder der Rettungsfonds Verluste machen. Das Gesamtvolumen des ESM wird zudem laufend überprüft, kann also aufgestockt werden. Weil sich die Schuldenkrise immer weiter zuspitzt und zuletzt auch Italien als die drittgrößte Volkswirtschaft Europas wegen seines hohen Staatsdefizits in den Fokus der Finanzmärkte geraten ist, hat die EZB bereits eine Verdopplung des neuen Rettungsschirms auf 1,5 Billionen Euro (!) gefordert.

Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ebnet die EWU den Weg in eine erweiterte Transferunion. Finanzstarke Mitgliedsstaaten Nordeuropas wie Deutschland, die Niederlande und Finnland müssen im Ergebnis für die Verbindlichkeiten von Euro-Ländern geradestehen, die schlecht gewirtschaftet bzw. über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das verstößt gegen die europäischen Verträge, die ein „Bail-out“, also die Haftung für Verbindlichkeiten einzelner Euro-Staaten durch die EU oder ihre Mitglieder, explizit ausschließen. Schon sind sog. „Eurobonds“ in der Diskussion, Schuldverschreibungen also, die von den EWU-Staaten gemeinsam emittiert werden, um klamme Euro-Länder finanziell zu stützen. Das „Bail-out-Verbot“ war eines der zentralen Versprechen der deutschen Politik bei Einführung des Euro.

Dieses Versprechen, das bereits durch die Hilfen für Griechenland, Irland und Portugal gebrochen worden ist, wird mit dem ESM sowie die Beschlüsse des Brüssler Gipfels vom 21. Juli endgültig ad acta gelegt.

Die umfangreichen Euro-Stützungspakete bergen erhebliche Gefahren für den deutschen Staatshaushalt. Nach derzeitigem Stand betragen die Verpflichtungen, die Berlin auf EU-Ebene eingegangen ist, insgesamt über 430 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Haushaltsplanung des Bundes für 2011 sieht Einnahmen von etwas über 300 Milliarden Euro vor. Die Politik hat also große Teile des deutschen Steueraufkommens für die Staatsschulden maroder Euro-Staaten verpfändet. Sollte es tatsächlich zu Zahlungsausfällen kommen, die zumindest mit Blick auf Griechenland trotz des jetzt beschlossenen zweiten Hilfspaketes wahrscheinlich sind, wären weitere Sparmaßnahmen in Deutschland und damit Einschnitte bei öffentlichen Leistungen unabwendbar. Gleichzeitig würde die Neuverschuldung steigen, was die Zinslasten des Bundes erhöhte. Weil Kapital, das als Darlehen in angeschlagene Euro-Staaten fließt, nicht für Investitionen im eigenen Land zur Verfügung steht, wird das Wirtschaftswachstum abgeschwächt. Das bedeutet weniger Arbeitsplätze und geringere Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben.

Nun ist eingetreten, wovor Kritiker und Ökonomen bereits bei Einführung des Euro Ende der neunziger Jahre gewarnt hatten: Eine Einheitswährung kann auf Dauer nur Bestand haben, wenn die daran beteiligten Staaten auch eine konzertierte Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, die es im EWU aber nicht gibt. Andernfalls drohen in einem heterogenen Wirtschaftsraum wie der Eurozone ökonomische und soziale Verwerfungen, die schließlich Finanzhilfen der wohlhabenden Nationen zugunsten schwacher Mitgliedsländer erforderlich machen. Genau das geschieht jetzt. Eine dauerhafte Alimentierung insolventer Staaten zur Rettung des Euro jedoch ist, wie die obigen Zahlen deutlich machen, kaum finanzierbar und würde

auf kurz oder lang auch die Geberländer in den Ruin führen. Darauf läuft es aber hinaus. Denn in ihrem Bestreben, den Euro als ein politisches Projekt um jeden Preis zu erhalten, machen sich die Regierungen der starken Euro-Länder erpressbar gegenüber den Forderungen der Bankrotteure. Aus Sorge um den Fortbestand der Eurozone fließen milliarden schwere Hilfskredite im Zweifel auch dann, wenn die Empfängerstaaten die damit verbundenen Reformauflagen nicht oder nur teilweise erfüllen. Das beste Beispiel ist Griechenland, wo die bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen längst nicht die erhofften Ergebnisse gezeitigt haben. Die Hellenen werden noch Jahre am Finanztropf der Eurozone hängen müssen, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Daß dieser Kraftakt überhaupt gelingt, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden!

Ein Ausschluß von Defizitsündern wie Griechenland und Portugal aus der Währungsunion käme zu spät, weil die Schiefelage im EWU längst zu groß geworden ist. Würde ein Mitglied aus dem Währungsverbund ausscheiden, gerieten schnell andere Euro-Schuldenstaaten ins Visier der Finanzmärkte. Es träte ein gefährlicher Domino-Effekt ein, der immer neue Hilfsprogramme erforderlich machte. Spätestens dann, wenn große Volkswirtschaften wie Spanien oder Italien in ernsthafte Schwierigkeiten kämen und Unterstützungsbedarf anmeldeten, wären alle Rettungsschirme am Ende. Und mit ihnen der Euro.

Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung der Eurozone, die den Staaten eine einheitliche Finanz-, Lohn- und Sozialpolitik verordnet, um künftige Krisen entgegenzuwirken, ist eine Schimäre. Denn in Europa existieren höchst unterschiedliche Systeme und Traditionen. Eine zentralistische Bevormundung der Mitgliedsstaaten durch Brüssel, gerne als „politische Union“ verklausuliert, würde deshalb erhebliche Widerstände hervorrufen. Folgt man der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wäre eine politische Union wegen des weitreichenden

Souveränitätsverzichts, den auch Deutschland hinzunehmen hätte, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Der Versuch, durch die Einführung des Euro einen europäischen Einheitsstaat zu erzwingen, war also von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Mit zunehmender Verschärfung der Krise rückt deshalb ein anderer Ausweg aus dem europäischen Schuldendebakel in den Blickpunkt: Das Ende des Euro-Abenteuers und die Rückkehr der EWU-Staaten zu ihren nationalen Währungen! Für Deutschland brächte die Wiedereinführung der D-Mark eine Reihe von Vorteilen mit sich: Eine wieder souveräne Deutsche Bundesbank als Hüterin der Mark könnte eine paßgenaue, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik zugeschnittene Geldpolitik betreiben. Das würde für stabile Preise sorgen, was Wirtschaft und Verbraucher entlastete. Realeinkommen und Kaufkraft stiegen. Auf mittlere Sicht würde das Zinsniveau in Deutschland zurückgehen. Die dann geringeren Kapitalkosten stimulierten die Wirtschaft. Daraus resultierten ein höheres Wachstum und neue Arbeitsplätze. Deutschland müßte nicht länger europäischen Pleitestaaten mit milliarden schweren Transferzahlungen und Kreditbürgschaften unter die Arme greifen. Ohne einheitlichen Währungsraum würde weniger deutsches Geld ins europäische Ausland fließen und könnte hierzulande investiert werden. Außerdem lockte die D-Mark als Ankerwährung mehr ausländisches Kapital nach Deutschland.

Vom Ende der Einheitswährung Euro würden aber auch wirtschaftlich schwache Länder wie Griechenland und Portugal profitieren. Sie hätten wieder die Möglichkeit, ihre Währungen abzuwerten, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu verbessern und ihre Exporte zu steigern. Die enormen Handelsbilanzdefizite, die diese Staaten vor allem mit Deutschland angehäuft haben, würden schrittweise abgebaut. Auf Brachialreformen zur Sanierung von Wirtschaft und Schuldenhaushalten, die gegen den Willen der Bevölkerung durch-

gesetzt werden müssen und schon aus diesem Grund wenig erfolgversprechend sind, könnten die Regierungen zugunsten eines langfristig angelegten Anpassungsprozesses verzichten.

Eine Rückkehr zur eigenen Währung hätte für Deutschland aber auch Nachteile: Die D-Mark würde gegenüber anderen Währungen stark an Wert gewinnen, was deutsche Exporte verteuerte und temporär einen Rückgang der Ausfuhren zur Folge hätte. Mit einer dauerhaften Belastung des Außenhandels ist allerdings nicht zu rechnen. Denn für unseren Exporterfolg entscheidend sind nicht der Wechselkurs und damit die Preise, sondern die Qualität deutscher Waren und Dienstleistungen. Als Faustformel gilt: Steigt der reale effektive Außenwert der D-Mark um 1 Prozent, gehen die deutschen Lieferungen ins Ausland nur um 0,5 Prozent zurück. Hinzu kommt, daß eine starke Währung die Einfuhren verbilligt. Weil 42 Prozent der deutschen Exporte aus importierten Vorleistungen bestehen, hätten deutsche Unternehmen Spielräume für Preisnachlässe, um wechselkursbedingte Verteuerungen für ihre Auslandskunden zu kompensieren.

Bekanntlich gehörte Deutschland schon zu DM-Zeiten zu den führenden Exportnationen der Welt, obwohl die Mark ständig aufwertete. Daß sich eine starke Währung nicht zwingend nachteilig auf die Ausfuhren auswirken muß, zeigen auch die Erfolge der Nicht-Euro-Staaten Schweiz und Schweden. Die haben in den vergangenen 15 Jahren größere Exportüberschüsse und mehr wirtschaftliches Wachstum erzielt als Deutschland. Auch die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich in diesen Staaten deutlich günstiger dar als in der Bundesrepublik.

Die Wiedereinführung der D-Mark würde einmalige Umstellungskosten verursachen, die allein bei Banken und Automatenwirtschaft mit etwa 25 Milliarden Euro zu Buche schlugen. Außerdem fielen nach dem Ende der EWU Kosten für den Währungsumtausch und die Absicherung von Wechsel-

kursrisiken im Handel mit den jetzigen Euro-Ländern an, die auf 12-24 Milliarden Euro p.a. beziffert werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich der Anteil deutscher Exporte in Staaten der Eurozone zwischen 1995 und 2010 von 46,5 Prozent auf 40,3 Prozent verringert hat.

Gravierender wären die Auswirkungen einer DM-Renaissance für die Besitzer von Auslandsvermögen, das sich Ende 2009 auf 5.082 Milliarden Euro belief. Bei einer Aufwertung der D-Mark gegenüber anderen Währungen ginge der Wert dieser Aktiva entsprechend zurück. Umgekehrt würden aber auch die Schulden in Höhe von 4.187 Milliarden Euro sinken, die Deutschland bei ausländischen Gläubigern hat.

Die Kosten, die für Deutschland bei Wiedereinführung der D-Mark anfallen würden, dürfen also nicht unterschätzt werden. Allerdings sind diese Kosten viel besser kalkulierbar als die unabsehbaren Folgen, die eine fortgesetzte Stützung maroder Euro-Staaten durch Kredite und Bürgschaften hätte. Diese Hilfsprogramme können sich schnell als ein Faß ohne Boden erweisen und die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik nachhaltig bedrohen. Neben den insolventen Staaten Griechenland, Irland und Portugal stecken längst auch die Euro-Mitglieder Spanien, Belgien, Slowenien, Malta und Zypern in der Schuldenbredouille. Italien ist angeschlagen. Und selbst Frankreich, das noch zu den reichen EU-Staaten gerechnet wird, droht in die Finanzkrise zu rutschen. Denn seit 2010 konsumiert das Land mehr als es erwirtschaftet, lebt also von seiner Vermögenssubstanz. Eine aus Sicht von Experten besorgniserregende Entwicklung.

So oder so: Die Lösung der schweren Verschuldungskrise in Europa, die durch den Euro noch verstärkt worden ist, wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Auf Deutschland kommen dabei Milliardenrisiken zu, die nicht nur heutige Steuerzahler, sondern auch zukünftige Generationen belasten können. Als der Euro zu Beginn des Jahrtausends eingeführt wurde, war die Mehrheit der

Deutschen gegen die neue Gemeinschaftswährung und die damit verbundene Abschaffung der DM. Doch die Bürger wurden von den verantwortlichen Politikern nicht gefragt. Eine Dekade später, da die konkreten Folgen des Euro für unser Land immer offensichtlicher werden, ist es an der Zeit, das Versäumte nachzuholen. BIW fordern bereits seit langem eine Volksabstimmung

über den Fortbestand des Euro in Deutschland. Aktuell geben 70 Prozent der Bundesbürger an, kein Vertrauen mehr in die europäische Einheitswährung zu haben. Es dürfte klar sein, wie ein deutsches Euro-Plebizit ausgehen würde. Kein Wunder also, daß die etablierte Politik eine Volksbefragung zur Zukunft des Euros unbedingt vermeiden will.

Kurz notiert ...

Einbürgerungen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland 2010 wieder angestiegen. Im vergangenen Jahr erhielten 101.600 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit, 5.500 oder 5,7 Prozent mehr als in 2009. Die größte Zunahmen verzeichneten Nordrhein-Westfalen (+ 1.831), Hamburg (+ 1.589) und Hessen (+ 1.228). Rückläufig waren die Einbürgerungszahlen dagegen in Berlin und dem Saarland. Die mit Abstand meisten Neubürger kamen aus der Türkei (26.200), gefolgt von Einwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien (6.500), dem Irak (5.200) und Polen (3.800). Im statistischen Durchschnitt waren die Eingebürgerten 30 Jahre alt und lebten seit rund 15 Jahren in Deutschland. Der Frauenanteil lag bei 51 Prozent.

+++

Selbstanzeigen: Die Zahl von Steuersündern, die sich bei den Finanzbehörden selbst anzeigten, hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. 2010 offenbarten etwa 26.400 deutsche Steuerpflichtige, in der Vergangenheit Geld ins Ausland geschafft und die daraus resultierenden Erträge nicht gemeldet zu haben. Das sind vierzehnmal so viele wie 2009. Die meisten Fälle wurden aus Baden-Württemberg gemeldet (7.409), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (5.158), Hessen (3.286) und Bayern (2.112). In Ostdeutschland wurden dagegen in jedem der fünf Bundesländer weniger als 100 Selbstanzeigen registriert. Pro Fall wurde eine durchschnittliche Nachzahlung von 75.000 Euro fällig, was dem

Fiskus in Summe Steuermehreinnahmen von etwa 2 Milliarden Euro beschert hat.

Nachdem die Möglichkeit, durch eine Selbstanzeige der Bestrafung zu entgehen, in den letzten Monaten von Rechtsprechung und Politik deutlich eingeschränkt wurde, dürften von dieser Option in Zukunft deutlich weniger Steuersünder Gebrauch machen. Infolgedessen werden nicht nur die Einnahmen des Staates aus der Nachveranlagung bislang unbekannter Steuerquellen sinken, sondern auch der Ermittlungsaufwand der Finanzbehörden und damit die Kosten spürbar steigen.

+++

Gesundheitsrisiken: In einem Bericht hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die größten Gesundheitsrisiken aufgelistet. An der Spitze steht ein zu hoher Blutdruck, der weltweit für 12,8 Prozent aller Todesfälle verantwortlich ist. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen der Nikotinkonsum (6,7%) und Überzuckerung (5,8%). Gefährlich sind außerdem Bewegungsmangel, Übergewicht, ein zu hoher Cholesterinspiegel und ungeschützter Sex.

+++

Öffentlich-rechtliche Topverdiener: Während die meisten Vorstände börsennotierter Unternehmen in Deutschland und viele Spitzenpolitiker ihre Einkommen publik und damit transparent machen, erfährt man über den Verdienst von Führungskräften gebühren-, beitrags- und steuerfinanzierter Vereinigungen wenig. Doch jetzt sind in der

Presse Zahlen aufgetaucht, die ein bezeichnendes Licht auf die „Nehmerqualitäten“ dieser Funktionäre werfen. So erhält beispielsweise die Intendantin des zwangsgebührenfinanzierten Rundfunks Berlin-Brandenburg, Dagmar Reim, stolze 220.000 Euro im Jahr. Noch üppiger wird WDR-Chefin Monika Piel vergütet, die es auf stolze 308.000 Euro p.a. bringt. Außerdem hat sich Piel, die seit dem 01.01.2011 auch Vorsitzende der ARD ist, Pensionsansprüche in Höhe von 2,14 Millionen Euro gesichert. Der frühere Hauptgeschäftsführer der IHK Lüneburg-Wolfsburg, Wolfram Klein, brachte es 2007 auf satte 160.000 Euro. Die IHKs, von denen es 80 im gesamten Bundesgebiet gibt, finanzieren sich bekanntlich aus den Beiträgen der Unternehmen ihres Einzugsbereichs, die per Gesetz zur Mitgliedschaft verpflichtet sind. Andere IHK-Geschäftsführer halten ihre Gehälter lieber geheim. Ebenfalls nicht am Hungertuch nagen müssen die Bosse deutscher Gewerkschaften, die Gehälter zwischen 151.000 Euro (Michael Sommer, DGB) und 260.000 Euro (Berthold Huber, IG Metall) jährlich kassieren. Ähnlich üppig fällt das Salär der Vorsitzenden gesetzlicher Krankenkassen in Deutschland aus, die es auf bis zu 271.000 Euro pro Jahr bringen.

+++

EU-Bürokratiekosten: Während die Staaten Europas an allen Ecken und Enden sparen müssen, um die hohe Verschuldung in den Griff zu bekommen, steigen die Kosten der EU-Bürokratie. Derzeit beschäftigt die Europäische Union 60.000 Mitarbeiter, darunter

12.000 mit Zeitverträgen. Die Verwaltungsausgaben werden sich 2011 auf schätzungsweise neun Milliarden Euro belaufen. Das entspricht 6,7 Prozent des Gesamtbudgets der Union. Bislang hatte die EU-Kommission den Bürokratiekostenanteil mit nur 5 Prozent angegeben.

+++

Mehrheit für Stuttgart 21: Aktuelle Umfragen zufolge spricht sich eine klare Mehrheit der Baden-Württemberger für Stuttgart 21 und damit den Bau eines Tiefbahnhofs in der Landeshauptstadt aus. Sollte es wie von der grün-roten Regierung angekündigt einen Volksentscheid zu Stuttgart 21 geben, würden aktuell 47 Prozent der Bürger im Südwesten für und nur 34 Prozent gegen das Projekt votieren. 19 Prozent der Befragten sind unentschieden. In Stuttgart selbst unterstützen sogar 49 Prozent der Wahlberechtigten den neuen unterirdischen Bahnhof. Noch größer ist die Zahl derjenigen Bürger, die einen Ausstieg des Landes aus den Verträgen mit der Deutschen Bahn ablehnen, wie er von den Grünen im Wahlkampf propagiert worden war: 64 Prozent sind gegen einen solchen Schritt, der Baden-Württemberg mehr Geld kosten könnte als der Bau von Stuttgart 21.

+++

Zitat: „In der Mathematik muß man auch die Machtverhältnisse berücksichtigen. Wenn ein Mächtiger teilt, beträgt seine Hälfte mindestens sechzig Prozent.“ (George Clemenceau, franz. Politik, 1841-1929)

Zu guter Letzt

Was ist der Unterschied zwischen einer Telefonzelle und der Politik?

In der Telefonzelle muß man erst zahlen und darf dann wählen. In der Politik darf man erst wählen und muß dann zahlen.

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählerversammlung BÜRGER IN WUT, Torstr. 195, D-10115 Berlin. Telefon 030-20 866 466 0. Fax: 030-20 866 466 1. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. ISSN 1863-3692. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.